

Bezugspreis:
Stückpreis 10.- M., monatlich 30.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Postzeitung: Monatlich 10.- M., einjährig 120.- M.
Einschließung des Postgebührens für Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Westpreußen, sowie die ehemals preussischen
Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Luxemburg 20.- M. für
das übrige Ausland 27.- M.
Bestellungen nehmen an:
Verlag, Lichtenberg-Platz, Berlin,
Postfach 11753-54.
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokratischer Verlag“

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 15195-97
Expedition: 11753-54

Dienstag, den 20. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 15195-97
Expedition: 11753-54

Um die Koalition.

Eine europäische Schmach!

Von Erwin Barth.

Zweiter Sitzungstag, Vormittagsitzung.
(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Börlch, den 20. September 1921.

Vorstandender Wels eröffnet um 9 Uhr die Verhandlungen des
Parteitages. Die Debatte über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.
Ruben-Braunschweig: Aus Fahnenweihen, Regimentsappellen
und Heimauffesseln wissen wir alle, daß sich etwas planmäßig vorberei-
tet. Da müssen wir im entscheidenden Augenblick die Polizei und
Verwaltung in der Hand haben. Es droht ein Bürgerkrieg, wir
wollen ihn verhindern und haben dazu die Kraft. Die rein sozia-
listische braunschweigische Regierung hat aus der Schutzpolizei alle
Stahlhelmschützen entfernt, die provozierende Hergerversammlung ver-
boten und dadurch kommunistische Unruhen verhindert. Auf unsere
Forderung nach einem allgemeinen Verbot des Stahlhelms hat Herr
Bewald grantwortet, der Stahlhelm verfolge seines Wissens
lediglich kulturelle Zwecke. (Heiterkeit.) Wir haben in Mittel-
deutschland ganz bewußt republikanische Zellen gebildet als
Gegengewicht gegen die Orbanungsstellen.

Wir haben mit der USP. gute Erfahrungen gemacht. Sepp Dertter
hat schon anerkannt, daß in der nächsten Zeit die Demokratie die
einzig mögliche Form der Vermittlung des Sozialismus sei. Des-
halb muß die Verdrängerpolitik gegen links unterbleiben. Wir
müssen vielmehr durch praktische Arbeit der USP. den Boden der
Idee unter den Füßen wegziehen. Die Resolution des Parteivor-
standes darf nicht nur ein Wegweiser nach rechts sein, sie muß uns
vor allen Dingen eine Regierungsbildung mit der USP. erleichtern.
Hermann Müller (Parteiorgan): Ich bitte zunächst den An-
trag abzulehnen, der die Führung von Anwesenheitslisten über die
Abgeordneten fordert. Solche Listen geben über die Motive der Ab-
wesenheit keine Auskunft. Das Kernproblem unserer Debatte nicht
nur gegenüber der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch gegenüber
dem Ausland ist die Frage der Regierungskoalition. Es
handelt sich dabei um die Stabilisierung der republikanischen Einrich-
tungen, um die Fernhaltung

schwerer politischer und ökonomischer Erschütterungen
von Deutschland. Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt, daß
meine Aeußerung von 1920 in Nürnberg richtig war. Zeitlich sind
wir damals noch der Wahl aus der Reichsregierung ausgeschlossen
und das ist uns gut bekommen. Wir haben mit dem Schlagwort
der Fachminister für alle Zeiten aufgeräumt, oder auch
solche goldenen Worte dürfen nicht sonantisiert werden und haben
keinen Wert. Die Politik ist keine Wissenschaft, sondern eine
Kunst. Aber solche Reden zu halten wie Genosse Kieh getan hat,
ist keine Kunst. Solche Reden habe ich früher auch gehalten (Große
Heiterkeit); nämlich, als ich noch Börlch kam, war ich 23 Jahre alt,
und an diese Zeit hat mich Genosse Kieh erinnert. Aber damals
standen wir

gegenüber unserem Obrigkeitstaal, unserem Loffelnde.
Der Republik gegenüber haben wir eine ganz andere Staats-
gesinnung zu betätigen. (Sehr wahr!) Verbrennt doch endlich
die Manuskripte, die ihr für Volksversammlungen vor der Revolution
angefertigt habt! (Sehr gut und Heiterkeit!) Ueber die Erfolge der
Thüringer Genossen sind wir alle erfreut. Aber nun müssen die
Thüringer Genossen mit ihrem Siege auch etwas anfangen. Noch
kann niemand sagen, ob die Unabhängigen vernünftig sein werden.
Niemand im Parteivorstand, im Parteiausschuss und in der Kon-
trollkommission will unter allen Umständen mit der Deutschen
Volkspartei in die Regierung. (Sehr wahr!) In Thüringen fehlen
dafür meines Wissens alle Voraussetzungen. Die Debatte hat sich
ganz auf die „Deutsche Volkspartei“ zugespielt, aber sie ist tatsächlich
noch in keiner Resolution eines Parteitagess auch nur erwähnt. (Hei-
terkeit!) Es handelt sich nicht um den Namen einer Partei, sondern
um die

Schaffung eines Regierungsprogramms,
mit dem wir die Republik erhalten und schützen sollen. (Zuruf: Nicht
um die Schaffung, sondern um die Durchführung handelt es sich!)
Die Durchführung macht natürlich große Schwierigkeiten, schon wegen
des Regierungspersonals. Aber bequem hat es sich noch kein Genosse
auf dem Ministerstuhl gemacht. Die Deutsche Volkspartei ist nichts
Einseitiges. Der aufmerksame Beobachter und ehrliche Politiker
muß aber einige Zeichen der Wendung und Besserung anerkennen.
So hat Frau von Heim sich jüngst offen zur Republik
bekannt. Eine Schwäche macht noch keinen Sommer, aber wir dür-
fen uns doch über sie freuen. Stinnes habe ich nie für einen Politiker
gehalten, und ich habe es außerordentlich bedauert, als er von der
Regierung Fehrenbach nach Spa losgelassen wurde. Ich würde
mich auf das Entschiedenste wehren, wenn er wieder außenpolitisch
verwendet werden sollte. Aber wir wollen nicht ein
Gegensatz zur polnischen Hege gegen Erzberger oder Scheidemann
schaffen, indem wir Stinnes als den schwarzen Mann hinstellen. (Zu-
ruf: Markwald: Er ist keine Person, sondern die Verkörperung der
Schwarzindustrie!) In Verhandlungen über Arbeiter- und Lohnfragen
soll Stinnes lange nicht der Schlammste sein, und wenn gesagt wurde,
man könne mit der Industriepartei nur arbeitserfeindlich regieren, so
erwidere ich: Es kommt eben nur darauf an,
welche Macht die Partei und die Gewerkschaften
in die Wagschale zu werfen haben. (Sehr gut!) Die Deutsche Volks-
partei hat sich für die Erfüllung des Wahlprogramms ausgesprochen, und
ihre Minister haben schon vorher sich dafür eingelassen. Sie würden
nicht unvernünftiger sein, wenn sie mit Sozialdemokraten im Kabi-
nett säßen. Aber die Umbildung der Reichsregierung hängt von der
Verständigung über ein Steuerprogramm
ab, und in dieser Beziehung sehe ich recht schwarz in die Zukunft. Ein
Redner hat gemeint, die Deutsche Volkspartei würde die Gunst der

Wähler und der Industrie verlieren, wenn sie republikanische Politik
treibe. Ist das unsere Sorge? (Sehr gut!) Auch die Großkapita-
listen sind in ihrer Auffassung nicht einheitlich. Alle Einsichtigen
sind entschieden gegen putschistische und militaristische Abenteuer,
weil Deutschland die Erschütterungen nicht mehr aushalten könnte.
Leider sprechen nicht alle aus, was sie denken. Das haben sie mit
den Unabhängigen gemein. (Heiterkeit.) Die Unabhängigen haben
uns geradezu antizipiert, in die preussische Regierung einzutreten. Wie
sollten sie es uns nachher in der Agitation antreiben können? Der
Kasseler Beschluß bezog sich lediglich auf die Reichspolitik. Das
zeigen schon die Hanfsätze. Gerade die Senate, in denen die
Deutsche Volkspartei schon sitzt, haben den Oberstaatsanwalt Schön
hinausgeworfen. Es handelt sich also immer um die Haltung der
Republikaner, wie weit sie ihren Willen durchsetzen. Die Revolution
hat uns

leider die Einheitsrepublik nicht gebracht.

In Bayern sprechen habe Beamte ganz offen davon, in diesen Wier-
tern die Weimarer Verfassung zu schmeißen. Mittelschlesten ist ernst-
haft bedroht. Die republikanische Reichspolitik wird von den Hän-
dern sabotiert. Die Regierung Dominicus-Siegerwald fällt dem
Reiche fortwährend in den Rücken. Wir müssen unbedingt Einfluss
auf die Bänder bekommen, anders geht es nicht. Wir fordern die
Republikanisierung der Reichswehr. Wollen wir ruhig die Polizei
monarchisieren lassen? Ist das noch Politik? Zur aktuellen Abwehr
und dauernder Festigung der republikanischen Einrichtung in Deutsch-
land müssen wir uns bereit erklären zur Zusammenarbeit mit allen
Parteien, die die republikanische Staatsverfassung mit allen Mitteln
verteidigen wollen. Außersten Falles würde die Arbeiterklasse sie
allein verteidigen, aber das nur unter schwersten Erschütterungen.
Die Riesenkundgebungen vom 31. August lassen sich nicht alle acht
Tage wiederholen. Ihre wunderbare Größe und Disziplin muß um-
gesehen werden in politische Macht, um

die Reaktionen an der Quelle zu treffen.

Rehnen Sie alle Abänderungsanträge ab und machen Sie damit dem
deutschen Proletariat die Arme frei, damit den Reaktionen des
Handwerk geleitet wird. (Beifälliger Beifall.)

Bauer-Oldesloe: Wir müssen in die preussische Regierung wie-
der hinein. Das Zentrum ist reaktionär und hat noch viele Spähne.
Gemeinregulierten Reaktionen sollen wir nicht noch Pension zahlen.

Eduard Bernstein: Vor solchschweren Entscheidungen soll man
sich die Alternative vor Augen halten. Lehnen wir den Antrag des
Parteivorstandes ab, dann kommen wir wahrscheinlich zu keiner
Wendung der preussischen Regierung und speiden bald aus der
Reichsregierung aus. Die

Folgen würden für die Republik katastrophal sein.

Wenn dann Hände die ganze Arbeiterschaft feindlich zur Regierung
der Republik. Wie sich dann die höheren Beamten gegen die Ar-
beiterbewegung stellen würden, wissen wir aus der wilhelminischen
Zeit. Katastrophal wären die Folgen aber auch für die äußere Poli-
tik, für die Stellung der deutschen Republik in der größeren Repu-
blik der Völker. Wenn die Sozialdemokratie aus der Regierung
austritt, sinkt das Ansehen Deutschlands gerade bei denen, die uns
freundlich gesinnt sind. Denn die Sozialdemokratie ist die Partei
der Republik. Das weiß das Ausland und das Inland und auch die,
die früher ein Vorurteil gegen uns hatten. Wir dürfen die Republik
nicht nur im äußersten Notfall schützen, sondern

müssen ihr auch die Mittel zum Leben geben.

(Sehr gut!) Auch agitatorisch ist es natürlich ein Opfer, wenn wir
in die Regierung hineingehen. Aber das ist gerade das Große, daß
wir für die Republik Opfer bringen. Wenn wir nicht die Republik
halten, was bleibt dann übrig? Eine partei bürgerliche rablatte
Partei ist ja nicht vorhanden. Die Demokraten schmelzen an Zahl
und innerem Bewußtsein immer mehr zusammen. Als von der
Reichstagsauflösung die Rede war, drohten sie vollständig zu ver-
schwinden. Es bleibt keine Wahl. Wenn wir eine starke Regierung
der Republik haben wollen, müssen wir die Hand frei haben. Wir
müssen unter bestimmten Bedingungen der Deutschen Volkspartei
sagen können: Kommt hinein! Natürlich wird es Schwierigkeiten
und Unannehmlichkeiten geben. Sie wären zu überwinden, wenn die
Unabhängigen das tun wollten, was ihre einsichtsvollen und
intelligenten Mitglieder bereits befürwortet haben, wenn

die USP. die Politik der Unverantwortlichkeit aufgibt.

(Sehr gut!) Vorher sehe ich keine Möglichkeit der Einigung. Wir
können uns nicht einigen um den Preis, daß die Partei ihren Cha-
rakter aufgibt. Ob wir uns in der Koalition durchsetzen, hängt ab
von unserer Entschiedenheit und dem Rückhalt, den wir in der Ar-
beiterklasse finden. Unser Einfluss in der Arbeiterklasse ist ein großes
Fund. Wuchern wir mit diesem Funde im Interesse der Republik
und des Friedens der Völker. (Beifälliger Beifall.)

Pless-Brestau: Wir sind für Koalitionspolitik, aber wir
sollten, wenn eine Erweiterung nach rechts nun einmal kommen
soll, durch schärfere Bedingungen die Stellung unserer Partei mög-
lichst zu stärken suchen. Wir dürfen nicht sagen, daß wir unter
allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei zusammen regieren
wollen. Die Entschließung des Parteivorstandes ist nicht klar und
bestimmt genug gefaßt. Es muß Ihnen doch auch daran liegen,
daß auf diesem Parteitag ein möglichst einmütiger Beschluß zu-
stande kommt. Die Hand zu einer solchen Verständigung bieten
unsere Abänderungsanträge. Die Republik ist in Gefahr. Ohne die
Schiffe auf Erzberger wäre heute vielleicht Vieles ganz anders. Dann

läge der Kronprinz vielleicht schon in Orls,
wo die Wohnung für ihn schon hergerichtet ist. (Hört, hört!)
(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Verträge und Versprechungen einzugehen und nicht zu
hastigen war bisher unter Regierungen zivilisierter Staaten
nicht üblich. Den Vorwurf der Vertragsunsicherheit setzte sich
kein Staat ohne den Druck äußerster Not aus. Seit die bolsche-
wistische Regierung Rußlands unverhohlen die Vertrags-
untreue zum politischen Prinzip erhoben hat, sind allerdings
die Vertragsitten auch zwischen Staaten, die Ansehen zu ver-
lieren haben, etwas vermindert. In der Geschichte der
modernen internationalen Staatsbeziehungen gibt es jedoch kein
Beispiel für die Treulosigkeit, für die Mißachtung von
Treu und Glauben, die sich die Alliierten in der Frage
der „Sanktionen“ gegenüber Deutschland leisteten. Selbst
in der Geschichte der Orient- und Kolonialpolitik europäischer
Staaten nicht. Und auf diesem Gebiete ist wirklich allerhand
geleistet worden.

Brand sprach um die Zeit der Londoner Verhandlungen
von „Gendarmen“ und „Gerichtswollziehern“, die die Kontri-
butionen von Deutschland beizutreiben ausgeschickt würden.
Die „Gerichtswollzieher“ waren damals mit ihren Zollregeln
bis auf das rechte Rheinufer vorgedrungen, um am deutschen
Wirtschaftsleben zu pfländen. Die „Gerichtswollzieher“ sind
aber nicht zurückgezogen und zur Freigabe der Pfänder ver-
anlaßt worden, als Deutschland die Forderungen bezahlt hatte.
Sie schikanieren auch dann noch den Schuldner, als dieser
schon längst seine Verbindlichkeiten erfüllt hatte.

Es ist notwendig, sich den Entwicklungsgang der „San-
ktionen“, wie man die zum europäischen Skandal gewordenen
Schädigungen Deutschlands schamhaft nennt, einmal vor Augen
zu führen.

Am 7. März 1921 endeten die Londoner Verhandlungen
über die Pariser Reparationsbeschlüsse der Alliierten zwischen
diesen und Deutschland ohne Ergebnis.

Am 8. März begannen die Alliierten die damals schon
angedrohten Zwangsmassnahmen gegen Deutschland in Kraft
zu setzen:

- 1. Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort wurden über das im
Friedensvertrage vorgesehene Besatzungsgebiet hinaus mit fremden
Truppen besetzt.
2. In einzelnen Staaten wurden sofort Besetze erlassen, die
den deutschen Ausfuhrhandel blockieren sollten, indem in diesen
Staaten bis zu 50 Proz. des Wertes der deutschen Einfuhrwaren be-
schlagnahmt wurden.
3. Durch die Interalliierte Rheinlandkommission wurde an der
Westgrenze des besetzten Gebietes eine doppelte Zollmauer zwischen
dem Rheinland und dem übrigen Deutschland errichtet. Das Rhein-
land wurde von der Wirtschaft des Mutterlandes ge-
trennt. Für die aus Deutschland im Rheinland kommenden Waren
wurde ein Zoll von 25 Proz. der Höhe des deutschen Zolltarifes in
Goldmark und für die umgekehrt laufenden Güter ein Zoll in der
Höhe der Höhe des deutschen Zolltarifes in Papiermark erhoben.
Außerdem mußten für alle die neue Zollgrenze passierenden Waren
Ein- und Ausfuhrbewilligungen eingeholt werden. Die Züge wurden
einem Zollaufenthalt unterworfen.

Das war ein schwerer Schlag gegen die deutsche und ins-
besondere gegen die rheinische Wirtschaft. Das rheinisch-west-
fälische Industriegebiet gleich einem einzigen riesengroßen
Fabriktaal. Der wurde mitten durchgeschnitten. Der rege Ver-
edelungsverkehr zwischen Links- und Rechtsrhein wurde aufs
schwerste geschädigt. Die Waren mußten im Herstellungsprozeß
häufig nochmals die Zollschranken passieren, mußten liegen
bleiben und enorme Zollspesen auf sich nehmen.

Die Wirkungen wurden bald empfunden. Sie äußerten
sich in einer allgemeinen Existenzgefährdung namentlich der
rheinischen Industrie. Im einzelnen ist folgendes durch die
plötzliche Erhebung von Zöllen inmitten eines gemeinsam ge-
wachsenen und einheitlich und untrennbaren Wirtschafts-
gebiets eingetreten: Das Ein- und Ausfuhrkontingent in Gms ver-
stärkte sich durch die zehntausende der alljährlich einlaufenden
Anträge auf Ein- und Ausfuhrbewilligung. Der Warenverkehr
stodte. Die Güterzüge, die auf Zollabfertigung warteten, häuf-
ten sich. Die Beschaffung von Rohstoffen und Halbfabrikaten
verzögerte und verteuerte sich. Laufende Aufträge für die In-
dustrie wurden zurückgezogen und neue blieben aus. Die mehr-
fachen Zollabgaben verteuerten die rheinischen Waren derart,
daß sie sowohl in Deutschland als im Ausland an Konkurrenz-
kraft verloren. In einzelnen Industriebezirken wurden Rück-
gänge der Rechnungsbeträge bis zu 50 Proz. angezeigt. Bei
vielen Unternehmungen machten die Zollaussgaben mehr aus,
als sie überhaupt Gewinn erzielen konnten (Der „Main“ be-
richtete, daß im ersten Monat die Zollsanktionen am Rhein
170 Millionen Frank einbrachten). Zahlreiche Fabriken wurden
stillgelegt und andere mußten ihren Betrieb erheblich einschrän-
ken und unproduktive Arbeiten verrichten lassen, um sich einen
Stamm der alten Arbeiter zu erhalten. Arbeitermassen wurden
arbeitslos oder hatten erhebliche Lohnneinbußen infolge ver-
kürzter Arbeitszeit. Die Ausgabenlast der Gemeinden wuchs
durch das Anschwellen der Zahlen versorgungsberechtigter Er-

werbslosen. Das „Boch im Westen“, das im Frühjahr 1920 mit vieler Mühe zugestopft worden war, wurde wieder aufgerissen und eine Flut französischer Luxusartikel schwemmte zum Schaden der deutschen Kaufkraft erneut herein. Der irreguläre Schieber- und Wucherhandel wurde durch diese Verhältnisse begünstigt.

Gegen die Berechtigung der Anwendung der „Sanktionen“ läßt sich vieles sagen. Insbesondere stellen sie eine flagrante Verletzung des Friedensvertrages dar, der in seinem Artikel 270 ausdrücklich nur von der Anwendbarkeit von besonderen Zollmaßnahmen spricht, „um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete (der besetzten) zu wahren“. Die Reichsregierung der „Besetzung dieser Gebiete“ wegen der lebensgefährlichen Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Interessen durch diese Zollmaßnahmen zeigten sehr bald der Welt das Unrecht, unter dem sie litt. Die Entente machte ja auch gar keinen Versuch, die Rechtmäßigkeit ihrer Zwangsmaßnahmen darzutun. Sie übte die Gewalt des Stärkeren.

Um den unerträglich gewordenen Druck los zu werden, hat Deutschland dann am 12. Mai 1921 das Ultimatum der Entente, das die Pariser Reparationsbeschlüsse enthielt, unterschrieben. Wir übernahmen die Verpflichtung, 132 Milliarden Goldmark in bestimmten Fristen zu leisten und einige andere Forderungen sofort zu erfüllen. Die deutsche Regierung versprach feierlich, den Inhalt des Ultimatus zu erfüllen. Sie hat aber sofort betont, daß ihr aufrichtiger Wille, unter Anspannung aller Kräfte bis zur Grenze des Möglichen die Reparationssummen beizubringen, nur Erfolg haben könne, wenn die deutsche Wirtschaftseinheit und -freiheit mit Einschluß von Oberschlesien raschestens wiederhergestellt würde.

Was ist inzwischen geschehen? Deutschland hat mit peinlicher Pünktlichkeit alle Erfüllungs- und Verzögerungstermine eingehalten. Die Alliierten haben nichts getan. Sie haben weder die „Sanktionen“ wieder aufgehoben noch haben sie die oberschlesische Frage gemäß dem Ergebnis der von ihnen selbst angeordneten Volksabstimmung zugunsten Deutschlands gelöst. Sie haben uns den Berichtsvollzieher im Hause gelassen, obwohl wir ihm gegeben hatten, was er von uns verlangt hatte.

Schließlich hat sich dann der Oberste Rat im August in Paris versammelt, um endlich die oberschlesische Schande auszulöschen und die „Sanktionen“ aufzuheben. Am 12. Mai haben wir das Ultimatum unterschrieben und erst drei Monate später ging man daran, die „Sanktionen“ zu beseitigen. Resultat:

1. Oberschlesien bleibt uneröst.
2. Die Zollsanktionen am rechten Rheinufer werden am 15. September aufgehoben, wenn Deutschland bis zum 31. August 1 Milliarde Goldmark zahlt und der Einsetzung eines interalliierten Ausschusses zustimmt, der darüber wachen soll, daß die französische Einfuhr im Rheinlande nicht benachteiligt wird.
3. Die militärische Friedensvertragswidrige Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bleibt bestehen.

Die Verschleppung der oberschlesischen Frage zeigt nichts von gutem Willen und von Gerechtigkeit. Die Beibehaltung der militärischen Sanktionen ist aber ein offener Beweis von bösem Willen und von Ungerechtigkeit gegen uns.

Der 15. September ist verflohen. Deutschland hat die Milliarde Goldmark fristgemäß bezahlt. Es hat der Einsetzung des Ueberwachungsausschusses zugestimmt (nicht jedoch der von Frankreich verlangten Erweiterung der Nachbefugnisse dieses Ausschusses, die nach einer offiziellen englischen Auslassung die schwersten Nachteile der wirtschaftlichen „Sanktionen“ verewigen würde). Die Alliierten haben das Versprechen, wenigstens die wirtschaftlichen „Sanktionen“ aufzuheben, abermals nicht erfüllt. Sie haben abermals mit ihren eigenen feierlichen Versprechungen und mit dem einfachsten Begriff von Treu und Glauben Schindluder gespielt.

Die treibende Kraft ist offenbar Frankreich. Aber England ist Frankreichs Eideshelfer! Die übrigen stehen mit den Händen in den Taschen dabei und sehen zu.

Das Kabinett Birth ist das Kabinett des festen und ehrlichen Willens der Erfüllung der Reparationsforderungen. Die Alliierten, die das selbst erkannt haben, sabotieren aber die

Reparationsmöglichkeit. Deutschland strengt sich bis zum Weißbluten an, um die Kriegswunden heilen zu lassen. Nun sollen aber auch die Alliierten zeigen, daß sie ein ehrliches Interesse für eine künftige ehrliche Gemeinschaftsarbeit im Dienste der Wiederherstellung der Wirtschaft Europas haben. Es ist höchste Zeit, daß uns die Eifertugeln von den Füßen genommen werden.

Hermann Müller sagte in seiner Eröffnungsrede für den Görlicher Parteitag: „Man hat uns fair play versprochen. Die Sanktionen verstoßen gegen alles Völkerrecht und gegen den Versailler Frieden. Sie hätten nach der Annahme des Ultimatus sofort aufgehoben werden müssen. Sie machen uns die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen unmöglich. Wann werden das die Leute endlich einsehen, die heute noch in den Ententestaaten als Staatsmänner gelten?“

Die zerbrochene Ruhr-Koalition.

München, 20. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Prozeß der Regierungsbildung zeichnet sich immer deutlicher von dem verworrenen Hintergrund der letzten Tage ab. Mit den Erklärungen der Auffassung innerhalb der Bayerischen Volkspartei zugunsten Heids und des Festhaltens an den Ausschlußbeschlüssen in Sachen der Verständigung mit dem Reich und zu Ungunsten Ruhrs tritt auch eine Scheidung der Geister außerhalb der stärksten bayerischen Partei zutage. Der letzte Versuch der Ruhr-Anhänger innerhalb der Deutschen Volkspartei, zu denen auch der Minister Oswald gehört, das Steuer noch einmal zu drehen, waren die Versammlungskundgebungen am Freitagabend, bei denen der Ruf „Zurück zu Ruhr“ sowie die polternden Worte des Ministers gegen Berlin fielen. Gestern Abend war der geistige Führer der Bayerischen Volkspartei, der Abg. Held, in Berchtesgaden bei Ruhr und hatte dort das Jünglein der Woge gegen Ruhr ausschlagen lassen. Ob die Stiermähigkeit des gefallenen Ministers größer war oder die geheime Regie des Herrn Held den letzten Ausschlag gegeben hat, ist zweifelhaft. Die Entscheidung ist gestern im Landesauschuß der Bayerischen Volkspartei zugunsten Heids gefallen. Ihm wurde der Dank für seine Bemühungen und der Fraktion das Vertrauen ausgesprochen. „Die Bonzen haben gesiegt“, schreibt ein Provinzialblatt. Die weitere Folge dieser Entscheidung ist die vorausgesetzliche Ausschließung der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale) aus der Regierungskoalition. Sowohl das rechts- wie das linksdemokratische Blatt Münchens berichtet über die Beschlüsse dieser Partei, die ein weiteres Zusammenarbeiten mit der äußersten Rechten als unmöglich bezeichnen.

Die Wut der Deutschnationalen über das bevorstehende Ende ihres politischen Einflusses kennt keine Grenzen, so zwar, daß die „München-Kugensburger Abendzeitung“ sogar das ihr wesensverwandte Stinnesblatt mit demokratischen Farben die „Münchener Neuesten Nachrichten“ angreifen sich anschickte. Die Bayerische Mittelpartei betrachtet ihre Sache so gut als verloren und spricht selbst schon von der zerbrochenen Koalition. Die Kampfeinstellung gegen die neue Regierungsmehrheit kommt schon darin zum Ausdruck, daß die darauf sich stützende neue Regierung als Rückversicherungsregierung mit der Sozialdemokratie im Sinne der Reichsregierung Feinden bespöttelt wird. Dem gefallenen Ruhr aber werden Schwanengesänge gesungen als dem Mann, mit dem die Selbstständigkeit Bayerns und ein Grundpfeiler des föderalistischen Reichswesens ins Grab sinken. Mit dem Ende Ruhrs gewinnt die Rechtsopposition in Bayern selbstverständlich an Bedeutung. In dem heutigen Beiratsartikel des „Miesbacher Tageblattes“ schreibt zum Beispiel ein richtiggebender bayerischer Minister, der für die Einrichtung des Staatspräsidenten als Preisbock gegen Berlin Stimmung macht und sich keinen besseren Mann als den ersten Staatspräsidenten denken kann als Herrn v. Ruhr. Dieses Blatt wird in tausenden von Exemplaren zusammen mit antisemitischen und antisozialistischen Flugblättern auf das zurzeit anlässlich des Otoberfestes auf der Theresienwiese sich drängende Landvolk losgelassen, um in letzter Stunde eine Rundgebung für Ruhr und gegen Berlin vorzubereiten. Wegen der Person des neuen Ministerpräsidenten steht die Bayerische Volkspartei in Unterhandlungen mit einigen höheren Verwaltungs-

beamten. So wurde der Vorstand der Abteilung Bayern des Reichspostministeriums, Staatssekretär v. Spiegel, heute morgen verschleudert genannt. So viel steht fest, daß die Parteiführer Held und Heim nicht an eine Uebernahme des Ministerpräsidentenpostens denken, dagegen wurde der frühere Minister v. Knilling von den Deutschnationalen als „Kompromißkandidat“ bezeichnet.

Neue Verhaftung zur Mordsache Erzberger.

Frankfurt a. M., 20. September. (W.F.B.) In der Mordsache Erzberger wurde hier der Leutnant a. D. Wilhelm Heinz festgenommen und der Staatsanwaltschaft Offenburg zugeführt.

Der Parteitag in Görlich.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Frau Marie Juchacz: Es erfüllt uns alle mit großer Freude, daß die Massen sich in steigendem Maße wieder unserer Partei zuwenden. Leider geht die Zahl der organisierten Frauen zurück. Woran liegt das? In anderen Ländern, in denen die Frauen schon länger Politik treiben, haben sie sich viel mehr einrangiert in die allgemeine Politik, und von besonderen Fraueninteressen in den Organisationen ist nicht die Rede. Vielleicht gibt das einen Hinweis. Wir müssen die wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen des Rückganges zu ergründen suchen. Unserer sozialistischen und republikanischen Gesinnung aber müssen wir in dieser kritischen Zeit stets und überall Ausdruck geben und zeigen, wieviel Anhänger der demokratische und sozialistische Gedanke in Deutschland schon gefunden hat. (Beifall.)

Görlicher-Klein: Wenn gesagt worden ist, daß das Zentrum genau so stimmt wie die Deutsche Volkspartei, so ist das nicht richtig. Das Zentrum muß auf seine christlichen Gewerkschaften Rücksicht nehmen, die sehr häufig viel schneller vorwärts treiben als unsere Genossen.

Helene Grünberg-Rürnberg: Wir müssen zu einem einmütigen Beschluß kommen, der die Partei und uns weiter vorwärtsbringen kann. Die graue Theorie der Frankfurter hat uns außerordentlich geschädigt. Der gesunde Sinn der Arbeiter lehnt die reine Phrasologie ab.

Soltesky-Chemnitz: Das Schlagwort von der besonderen Chemnitzer Richtung in der Partei sollte man nun endlich lassen. Wir sind keine besondere Richtung. Wir treiben grundständig sozialistische Politik. Auch wir wollen, daß der Antrag des Parteivorstandes durch eine schärfere Fassung klarer und für alle annehmbar gemacht wird. Durch die Zustimmung zu solcher Verschärfung verliert sich kein Sozialdemokrat etwas.

Soltmann-Schwerin: Die Tat, zu der hier aufgerufen wurde, sind nicht Massenstreiks, sondern die

Tat zum Schutz der Republik

fährt allein in die Regierungen des Reiches und der Länder und in die Registrate der Städte. Wenn wir in Weidenburg nach dem Rezept der Unabhängigen gehandelt hätten, so hätten wir die Regierung der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen allein überlassen. Niemand kam uns einen Vorwurf daraus machen, wenn wir das zu verhehlen versucht hätten. Ich bin gewiß, daß schließlich alle Genossen in den anderen deutschen Ländern unserem Beispiele folgen werden. Wir müssen die Arbeiter einigen auf dem Boden der realen Tatsachen.

Schiller-Göttingen: Wir stehen vor der Formulierung zweier Befehlsanträge. Das eine fragt, wir können wir mit den Klassen-genossen von links wieder zusammenkommen? Das andere sucht die Basis für das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, der Partei der Arbeiterfeinde. (Widerspruch.) Was trennt uns von der USP? Crispian hat die Forderung der Diktatur ausdrücklich ausgegeben. Auch uns kann der Terror von rechts, etwa ein neuer Rapp-Busch, zum Abweichen von der reinen Demokratie vorübergehend zwingen. Eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei schwächt die Kraft der Massen, und die furchtbare Verantwortung dafür dürfen wir nicht den Instanzen übertragen. (Lebhafter Beifall.)

Wolff-Köster: Die Worte der Vertreter der ausländischen Bruderparteien waren nicht einfach gute Wünsche für unser Volksergehen, aus diesen Worten klang und zitterte die Beforgnis um die deutsche Politik, die für die ganze europäische Demokratie und den Fortschritt der ganzen deutschen Arbeiterklasse von großer Bedeutung ist. Die Frage ist zu groß, um sie nach Reden von Hergt, Stresemann oder Brandt zu entscheiden. (Sehr gut!) Außenpolitisch gesehen, würden unsere strenger früheren Gegner ihrerseits eine Regierung mit stark pazifistischer Sozialdemokratie, andererseits eine

Deutsches Theater.

(Herodes und Mariamne.)

Wir leben in einer verfluchten Zeit. Die Freude am Geschichtlichen ging uns verloren. Das Genie der Vergangenheit gelangt aus seinem Unsterblichkeitsort dann nur noch zu uns, wenn es unförmlich betäubt oder unendlich überreizt Empfinden begegnet. Wir wissen in diesem Augenblicke nicht, ob Friedrich Hebbels in Frömmigkeit vollzogene Erweckung Gottesdienst sei oder Götzendienst. Wohl ist uns bekannt, daß man uns bei diesem Worte wie Kegeln übers Haupt schlagen wird. Und doch stört uns die Ueber-sichtigkeit Hebbels eher als daß sie uns betört. Nur von literaturhistorischem Glanze sind diese Kostbarkeiten, nicht von historischem, der fordbauert und befruchtet. Wären sie weniger monumental, wir würden bei ihrem Anblick staunen, doch nicht zerstreut werden. Ja, Herodes und Mariamne machen uns denkfähig, sie nehmen uns nicht mit auf ihren Seelenweg.

Der König, der in den Krieg zieht, das Weib keinem anderen gönnt, sie unters Schwert stellt, daß sie sterbe, falls er nicht wiederkehrt, er ist des Dichters gewaltigstes Wesen und trotzdem böse Mißgestalt. Das Weib Mariamne, die Königin, die zweimal dieses Schicksal erlebt, das erstmal zittert und trotzdem Skavin bleibt, das zweitemal jedoch den Sturm der Loslösung durchlebt und den Tod wie Befreiung auf sich nimmt, weil sie sich mit nichts anderem als dem mörderischen Argwohn des Gatten vergiftet, dieses Weib ist Gräueltat, nichts als ausgefallenes Unglück. Jetzt, zum Beginn des Winters 1921, fragen wir, warum Hebbel nicht kurzfristiger und tendenzlos an diese Blutgeschichte des sterbenden Israels herangegangen ist. Allen seinen Menschen hängen nur die Gremelmasken der Schreckenslampe vor dem Gesicht. Und er will sie doch zeigen in dem Geheimnis des Herzens, das sie in der Schlafkammer ausgebrütet haben. Der widerwärtige Blutwurf dieses Judenkönigsge-schlechtes konnte dem Gerichtsrat Peter Cornelle, dem Hofdichter des vierzehnten Ludwig, wie etwas Rasestütliches vorkommen. So wenige Jahrzehnte trennen uns erst von Hebbel, und wir sind schon in Gefahr, daß wir seine majestätischen Bestien als überflüssige Heroen empfinden. Ist das Morgenland verstorben? Ist das Abendland schwachsinzig und vergreift geworden? Eine Welt, so gut wie tot, kam uns diese Welt des Herodes und der Mariamne vor, obwohl wir uns eben noch gebunden fühlten, sie als heiliges Gelände höchster Kunst zu preisen.

Werner Krauß hat keine Sekunde bedacht, daß er den Weg zu dem Menschen Herodes finden würde, wenn er ihn einiger Ueber-menschlichkeit entkleidet. So mußten wir an ihm etwas Neues und Unerwartetes erfahren, eine Meiningerer, die ganz kurze Minuten feffelte, dann aber nicht mehr zu ertragen war. In dieser vorzügliche Künstler, den ein übrigens ganz unsicheres Regisseur ge-

währen ließ, machte nur die korpulente Puppe des Herodes. Sein Schreien, Röcheln und Gedulme waren nur Virtuosenstücke. Dekoration, etwa nach Victor Hugo oder Raupach. Die Romanik wurde von Krauß ausgeblüht, nicht vertieft. Frau Strauß suchte aufmerksamer nach verfeinerten Elementen ihrer Rolle. Helene Sen-ten, männlich fast in der tragenden Stimme, belebte materisch und klingend die Storchheit der königlichen Mutter. Über so vieles an dieser Aufführung war schlecht durchdacht, klüßlich gehört, matt gesehen, ohne persönliche Empfindung bewegt.

Rag Hochdorf.

Russisches Theater in Berlin. Der Partikularismus ist wieder ein politisches noch ein deutsches Privilegium. Die Geschichte des russischen Theaters in Berlin ist eine Blütenlese partikularistischer Bestrebungen, und der Erfolg ist — eine Reihe von Mißerfolgen. Sie begann vor zwei Jahren. Da sammelten sich ein paar Schauspieler und gaben einige russische Gastspiele. Sofort bildete sich eine Gruppe von Dilettanten und machte ihnen Konkurrenz. Es gab dann drei Gründungen die alle eingingen. In der vorigen Saison bildete sich wieder eine Schauspieltruppe, zum Glück befand sich dabei eine Schauspielerin internationaler Größe, die Polewizkaja, und um derenwillen konnte eine ganze Reihe von Vorstellungen im Deutschen Theater mit Erfolg gegeben werden. Wieder gab es gleichzeitig konkurrierende Gründungen mit Mißerfolg. Der Beginn dieser Saison nun hat endlich ein richtiges Ensemble zusammengebracht, ein Theater steht zur Verfügung — schon meldet sich eine neue Truppe mit einem Gastspiel an. Allerdings hat das große Ensemble im Theater des Westens eine künstlerische Schuld begangen. Was die Polewizkaja tun durfte, den Spielplan um der Rollen willen aufzustellen, darf ein Ensemble nicht wagen.

Es begann seine Gastspiele mit dem altherwürdigen Lustspiel von Gogol: „Der Revisor“. Die Eröffnungsvorstellung war ein Erfolg, um so mehr als das Ensemble sich mit den Rollen des Stüdes sehr gut einführte. Die zweite Aufführung von Potapentkos „Die Fremden“ war schon weniger berechtigt, wenn sie auch eine sehr gute Rolle für den ausgezeichneten Charakter-darsteller älteren Genres Stepan Kusnezow bot. Wenn das Drama auch veraltet ist, es hat doch wenigstens Ideen, Streben: Es verfiel den alten Idealismus gegen den Materialismus der Jahrhundertwende. Was das Ensemble mit der Aufführung am letzten Sonntag beabsichtigte, war schlechthin ungründlich. Die langwierige Komödie „Kretschinsky Heirat“ von Suhowo-Kobylkin von Anno 1855, die den vorbedingungen Goldstückgang eines Glücksjägers belacht, hat gar keine Berechtigung. Um wieviel besser könnten Kusnezow und Duman-Torgow ihre Kunst in den Werken Tolstois oder Tschekows zeigen! Und nun wird gar „Cherleys Lante“ feierlich angekündigt. Sollten wir große russische Kunst erst dann zu sehen bekommen, wenn die Moskauer Künstler-Theater-Truppe ihr Gastspiel beginnt? Mirsol.

Die Zeitschriften in der Staatsbibliothek. Bei verlag wird mit Recht der Zustand des Zeitschriftenbestandes in der Staatsbibliothek. Für ein paar Hunderte von Zeitschriften sind in den Regalen, die den städtischen Raum füllen, Plätze vorgesehen, aber auf der Hälfte,

vielleicht zwei Dritteln der Plätze findet man keine Zeitschrift, sondern es klebt da ein Zettel: „Wird nicht mehr gehalten.“ Das trifft vorzüglich fremdländische Blätter, die wegen der Voluta sich zu teuer stellen, aber auch einheimische, deren wissenschaftlicher Wert wohl nicht im rechten Verhältnis zum Preise steht. Der Ausfall der Zeitschriften ist doch größer, als es auf den ersten Blick scheint. Weht man an die Regale heran und nimmt die Blätter in die Hand, so findet man bald mit Staunen, daß ein gut Teil der Nummern, die da als neueste liegen, aus dem Jahre 1920, ja sogar aus 1919 herkommen. Auch das sind also Blätter, die nicht mehr gehalten werden; man läßt bloß die alten Hefte noch liegen, damit nicht allzu viel Lücken sichtbar sind.

Das alles ist gewiß bedauerlich, aber es ist dagegen nichts zu machen, solange nicht entweder die Blätter billiger werden oder die Bibliothek größere Mittel in die Hände bekommt. Über eine Anfrage ist doch berichtet. Die Bibliothek hält noch eine ganze Masse von Zeitschriften, die sie überhaupt nicht auslegt. Warum werden diese nicht allgemein zugänglich gemacht? Wenn man manchmal den Besessenen betritt, kann man einen jungen Mann an einem Tische allerlei Blätter sortieren sehen, und ein verstoßener Blick zeigt dem Besucher deren Titel an: Welt-Wirtschaft, Nahrungs- und Genußmittel-Anzeiger, Deutsche Uhrmacher-Zeitung, Deutscher Bauernbund, Allgemeine Arbeiter-Zeitung, Der Wertmeister, Wir Schlesier, Sozialist usw. Es sind ganze Stöße, die man da fortieren sieht, und wenn der junge Mann fertig ist, dann packt er den ganzen Kram zusammen und trägt ihn hinaus. Vermutlich kommen die Blätter dann in irgendeinem anderen Saal in Regale und liegen da, bis der Jahrgang voll ist, zum Einbinden. Dann kommen sie übers Jahr wieder irgendwo in andere Regale, und wenn man sie bestellt, darf man sie lesen. Dann ist aber der größte Teil des Inhalts veraltet. Zugegeben, einige von diesen Blättern sind nicht recht „wissenschaftlich“, aber der Begriff der Wissenschaftlichkeit ist heute nicht mehr so eng wie früher. Man braucht ja nicht alles anzulegen, ausgesprochen ephemere Köstlichkeiten lasse man weg; aber für viele würden sich schon Leser finden, sei es aus wissenschaftlichen Kreisen, sei es, daß man auch einmal volkstümlich sein wollte. So könnte man den Besessenen auffüllen, und es schade vielleicht nicht, wenn man sogar noch einen zweiten Raum dazugäbe.

Eine Gartenstadt in Paris. Auch in Paris ist jetzt für die Anlage einer Gartenstadt, die für die arbeitende Bevölkerung bestimmt ist und sich auf dem Gelände der geschleiften Befestigungen erheben soll, das erste Projekt ausgearbeitet worden. Es sollen auf einer Bodenfläche von 7 Quadratkilometern Häuser errichtet werden, die 2000 Personen aufnehmen können. Vorgesehen sind Wohnungen von einem Zimmer bis zu vier Räumen; die Rieten schmalen zwischen 600 und 1100 Franz. Geplant sind ferner für die Stedung Gärten und freie Plätze, allerlei hygienische Einrichtungen, ein Kindergarten, eine Wasserkanal und dergleichen. Pro Hektar sind auf 24 Häuser Platz veranschlagt.

Hobes „Kunst und Naturgeschichte“ drückt Dr. W. o. l. f. e. h. n. s. am 17. September, abends 8 Uhr, im Kunsthaus Gränel u. Co., Lützowufer, Eintrittskarten zu 10 M. der Botz u. Bod.

Zusammenfassung der wirtschaftlich entscheidenden Kräfte und eine Stabilisierung gerne sehen. Dadurch wird die Regierung voll verhandlungsfähig. Außenpolitische Gründe empfehlen also die Regierung auf möglichst breiter Basis. Wir haben nicht die Wahl zwischen gut und böse, ganz Deutschland hat nur die Wahl zwischen dem größten und einem nicht ganz so großen Uebel. (Sehr richtig!) Parteivorstand und Parteiauswahl sind einstimmig zu dieser Resolution gekommen. Sie haben viele politische Details beraten, die man hier nicht anführen kann. In der Regierung zu sitzen, ist nicht so schön, das man andere Parteien mit Gewalt davon abbringen müßte. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wollen wir der Deutschen Volkspartei weiter erlauben, Agitation im Lande ohne die furchtbare Last der Verantwortung zu treiben? Wir müssen in dieser merkwürdig zusammengelegten Partei die

gesundeten Kräfte für positive Arbeit mobilisieren und die negativen Kräfte binden. Kräfte, die sich klipp und klar angeboten haben, zurückzuweisen, schädigt nicht nur auf die Dauer die Republik, sondern auch uns selbst auf die Dauer. Das große parlamentarische Glied in Deutschland ist die Parteierspaltung. Wir müssen nach Möglichkeit dazu beitragen, Deutschlands Parteiverhältnisse zur Gesundung zu bringen. Wie diese Gedanken kann man nicht aussprechen, sondern nur andeuten. Wir dürfen auch unsere bisherigen Koalitionsgenossen nicht falsch einschätzen. Die Abgeordneten ten Hoppel und Beder sabotieren die Befähigung in gleicher Weise. Um die große Auseinandersetzung mit dem Zentrum kommen wir nicht herum, auch wenn wir in den nächsten zehn Jahren mit rein materiellen und wirtschaftlichen Problemen so viel zu tun haben. Die Koalition ist ein Problem

ein parlamentarischer Zweckmäßigkeit und Technik.

Wir dürfen uns nicht durch Agitationsphrasen zu dem Glauben verleiten lassen, daß unsere politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfe mit den Kreisen der Deutschen Volkspartei auch nur einen Augenblick ruhen werden, weil wir mit ihr in dem engeren Regierungsausschuß an einem Tische sitzen. Aber die große staatspolitische Frage steht dahinter, wie wir die große verwirrte Masse, die die politische Wirklichkeit des verlorenen Krieges nicht sehen will, erziehen zum Staatsbewußtsein und zur nächstern Einsicht in die Dinge unseres inneren und äußeren politischen Lebens. Wirtschaftlich gehören auch große Teile der Deutschen Volkspartei zu uns. Wie können wir in diese nationalistisch veranlagten Köpfe nächste Einsicht bringen, wenn nicht die Deutsche Volkspartei mit der Verantwortung tragen muß? Wir müssen sachliche Politik nach den politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten treiben, dann bringen wir auch bei den Massen durch. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß, wenn wir geradeaus gehen, führen und fest bei der Sache bleiben, wir wohl vorübergehende Niederlagen erleiden, aber

zum Schluß doch den Sieg erringen.

Klare nächstern Einsicht und fester Wille mögen sich in den Beschlüssen von Görlich bis zum letzten Tage zeigen. (Beifälliger Beifall.) Am weiteren Verlauf der Debatte unterstreicht Otto Braun die Notwendigkeit, unsere Politik aus einer Politik der reinen Agitation umzustellen in eine regierungsfähige Politik der Verantwortung. Franz Rathow fordert unter stürmischem Beifall das Verbleiben Oberchefs bei der Deutschen Kulturgesellschaft. Severing mahnt zu größerer Zivilcourage, zu höherem Vertrauen zur eigenen Kraft. Dann findet ein Schlußantrag Annahme und Franz Krüger erhält das Schlusswort, in dem er sich nochmals mit der Einigungsfrage beschäftigt und die Frankfurter und Chemnitzer „Richtung“ in ihren Unklarheiten und Widersprüchen unter lebhafter Zustimmung und Heiterkeit des Parteitagesschar kritisiert. Zum Schluß verteidigt Krüger noch einmal seinen Standpunkt in der Frage der Regierungskoalition und hebt hervor, daß niemand daran denke, ohne weiteres mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen, sondern daß man den entscheidenden Instanzen nur taktische Freiheit geben müsse. Am Grunde genommen widerspreche der vorliegende Antrag dem Rasteler Beschluß durchaus nicht. Die Abstimmung findet zu Beginn der Nachmittags Sitzung statt.

Derschobene Ehrhardt-Ausrüstung.

Hamburg, 20. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Bekanntlich ist auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Sachen der Ermordung Erzbergers ein Kapitänleutnant Killinger in München aus festgestellt worden. Das „Hamburger Echo“ veröffentlicht nun heute nachmittags über diesen früher bei Ehrhardt gewesenem Offizier Dinge, die geeignet sind, das größte Aufsehen zu erregen. Als die ehemalige zweite Marinebrigade Ehrhardt im Munsterlager aufgelöst werden sollte, wurden von den Ehrhardt-Leuten sofort die Pläne zur Aufstellung eines neuen Putschregimentes gefaßt. Um die Pferde und das Material zur Ausrüstung sicherzustellen, wurden diese aus dem Munsterlager in der Umgebung bei Landwirten untergebracht. Wie sich jetzt herausstellt, haben Ersatzebeamte einer Reichsstelle den größten Teil dieser unterschlagenen Pferde und Materialen im Werte von über 700 000 Mark beschlagnahmt. Wie das „Hamburger Echo“ mitteilt, hat Ehrhardt selbst während der letzten Zeit bei einem Pastor Bode bei Wilsede gewohnt. Dieser Herr müßte auch jetzt über den Aufenthalt Ehrhardts sehr gut Bescheid wissen. Der Kapitänleutnant Killinger ist in Hamburg auch insofern bekannt, als er hier früher eine Werbeoffizier für die Freikorps unterhielt.

Sanktionen und Einfuhrüberwachung.

London, 19. September. (W.T.B.) Wie Reuters erfährt, scheint mit Sicherheit angenommen werden zu können, daß die deutsche Regierung die Entscheidung des Obersten Rates, wonach eine Organisation eingerichtet werden soll, um die Gewährung von Einfuhr- und Exportlizenzen durch Deutschland zu beobachten, lokal anzunehmen beabsichtigt. Ueber die genaue Auslegung dieser Entscheidung sind die Meinungen ziemlich weit auseinander gegangen. Es ist indessen zu hoffen, daß die ganze Frage binnen kurzem geklärt sein wird, und daß die wirtschaftlichen Sanktionen demzufolge aufgehoben werden. Die einzige noch ausstehende Frage betrifft den Punkt, ob die internationalisierte Organisation die Eigenschaft eines Beobachters haben soll, um über die Erteilung von Lizenzen zu wachen und über jede unbillige unterschiedliche Behandlung an die alliierten Regierungen zum Zwecke einer notwendigen werdenden Aktion zu berichten, oder ob sie eine Körperschaft sein soll, die bevollmächtigt ist, gegen die Gewährung von Lizenzen ihr Veto einzulegen. Britische Kreise sind für die erstgenannte Auffassung.

Anmerkung des W.T.B.: Diese Reuters-Meldung bestätigt das, was bisher über den deutschen Standpunkt in dieser Angelegenheit bekannt geworden ist. Die deutsche Regierung ist bereit, eine Kommission mitzubilden und anzuerkennen, der es obliegen soll, die sogenannten Diskriminationen zu prüfen, d. h. darüber zu wachen, daß kein Land gegenüber einem anderen in der Handhabung der Einfuhrregelungen benachteiligt wird. Wie wendet sich jedoch — und dieser Standpunkt wird auch dieser Reuters-Meldung von der englischen Regierung geteilt — gegen jede Erweiterung der Befugnisse der Kommission, in der ein Eingriff in die deutsche Wirtschaftspolitik erblickt werden müßte.

Litauen und Polen.

Genf, 19. September. (W.T.B.) Der polnisch-litauische Gegensatz kam heute in seiner ganzen Schärfe in einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundes zum Ausdruck.

Der polnische Delegierte Astensky erklärte, daß er den Vermittlungsvorschlag von Hymans-Belgien nur als Verhandlungsbasis betrachten könne. Der litauische Vertreter Calwanan las hob hervor, daß die Einigung infolge der Besetzung des Wilnaer Gebietes durch den General Jeligowski erschwert worden sei, und forderte die Entfernung der polnischen Truppen. Hymans-Belgien war sichtlich bemüht, den Delegierten nahezuholen, einander Konzessionen zu machen, da sonst eine Einigung unmöglich sei, und der Rat gezwungen wäre, selbst eine Entscheidung zu treffen. Astensky vertrat jedoch noch einmal mit äußerstem Nachdruck den polnischen Standpunkt und wies darauf hin, daß Wilna in seiner Mehrheit polnisch sei. Die öffentliche Sitzung wurde darauf abgebrochen und die Aussprache über den Konflikt auf eine spätere Sitzung verschoben.

Die Versammlung machte ganz zweifellos den Eindruck, daß nur wenig Hoffnung besteht, einen direkten Ausgleich zwischen den beiden Parteien zu finden. Die offizielle Mitteilung des Völkerbundessekretariats über die Sitzung bemüht sich allerdings, die Gegensätze zu mildern und einen optimistischen Eindruck zu erwecken.

Amerikanisches.

Mitte Februar dieses Jahres hatten wir eine W.T.B.-Meldung veröffentlicht, wonach vertrauliche Versicherungen des englischen Botschafters in den Vereinigten Staaten amerikanischen Journalisten gegenüber durch die Hearst-Presse unrichtig wiedergegeben worden seien. Die Hearst-Presse legt Wert darauf, festzustellen, daß die in der W.T.B.-Meldung enthaltenen Vorwürfe der Indiskretion und der unrichtigen Berichterstattung unrichtig sind und ersucht uns durch ihren hiesigen Rechtsbeistand, diese längst vergessene Meldung dahin zu berichtigen. Wir haben an sich keinen Anlaß, diesem Wunsche nicht zu entsprechen. Unsere Leser wird es sicherlich sehr angenehm berühren, daraus zu erfahren, daß man im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ihre Gedächtnisschärfe sehr hoch und ihre sonstigen Sorgen sehr gering einschätzt. . . .

Groß-Berlin

Wähler und Wählerinnen!

Wollt Ihr Euer Wahlrecht einbüßen?

Wollt Ihr bei den Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen am 16. Oktober die Uebersehung erleben, daß Ihr von der Beteiligung an den Wahlen zurückgewiesen und ausgeschlossen werdet?

Nein, das wollt Ihr nicht, den Ihr wißt, was bei diesen Wahlen auf dem Spiel steht. Ihr wißt, daß es bei diesem Ringen um die Mehrheit und Herrschaft in der Stadterwaltung auf jede Stimme ankommt. Dann sichert Euch aber Euer Wahlrecht! Präst schleunigst die Wählerlisten und vergewissert Euch, ob auch Ihr darin verzeichnet seid!

Bisher hat sich noch bei jeder Wahl gezeigt, daß die Wählerlisten zahlreiche Fehler und Lücken hatten. Solche Mängel lassen sich bei der Anfertigung dieser Listen leider niemals ganz vermeiden. Darum ist es Pflicht aller Wahlberechtigten, selber die zu diesem Zweck öffentlich ausgelegten Wählerlisten zu kontrollieren und nötigenfalls Korrektur zu beantragen. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht mitwählen! Dem Säumigen, Nachlässigen, Pflichtvergeßenen, der sich so um sein Wahlrecht gebracht und seine Partei geschädigt hat, hilft am Wohltat kein Schelten mehr und kein Schimpfen.

Seht, wie die Gegner der Sozialdemokratie ihre Wählerchaft auf die Notwendigkeit der Listenprüfung hinweisen! Der „Volkstanziger“, das Blatt der Deutschnationalen, empfiehlt den Hausbesitzern, auf eigene Faust zu prüfen, ob ihre zu den bürgerlichen Parteien haltenden Mieter in den Listen stehen. Das werden sich die Hausbesitzer nicht zweimal sagen lassen, sie, die der „Volkstanziger“ mahnt, daß sie „das größte Interesse an einer bürgerlichen Mehrheit haben“.

Genossen und Genossinnen! Tut Eure Pflicht! Niemand soll denken: „Ach, ich brauche mich um die Wählerlisten nicht zu kümmern, ich werde schon darin stehen.“ Nein, niemand soll die kleine Mühe scheuen. Auch wer seit Jahren oder Jahrzehnten schon dieselbe Wohnung hat, fehlt manchmal in der Wählerliste.

Die Listen liegen täglich nur noch bis einschließlich 22. September (Donnerstag) von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr an den bekanntgegebenen Stellen aus. Wahlberechtigte, die nicht in der Liste stehen, müssen dort unter Vorlegung des Mietvertrages, der Geburtsurkunde oder der polizeilichen Wohnungsanmeldungen sofort die nachträgliche Aufnahme beantragen.

Beginnende Nachfröste.

In den Abend- und Nachstunden macht sich jetzt ein ganz empfindlicher Temperaturrückgang bemerkbar.

Wie uns das Berliner Wetterbureau mitteilt, sind bereits aus einzelnen Teilen Deutschlands Nachfröste gemeldet worden, so aus Schmeinhthal in Thüringen bereits eine Temperatur von 1 Grad unter Null, auch in Nordenburg in Pommern ist die Quecksilbersäule unter den Gefrierpunkt gesunken. In den Noorgebieten, aus denen nach keine Meldungen vorliegen, dürfte der Temperaturrückgang noch viel erheblicher sein. Die Ursache für diese Erscheinung ist darin zu suchen, daß sich ein Hochdruckgebiet in Skandinavien gebildet hatte, durch das trockene Ost- und nordöstliche Winde erzeugt wurden. Die kalten Nächte waren trocken und klar. Trockene Luft über kühlt den Erdboden stärker ab als feuchte. Da die letzten Nächte trocken und klar waren, erfolgte die Abkühlung sehr schnell, um am Tage wieder durch die Sonnenstrahlung vermindert zu werden.

Unglücksfall oder Mord?

Der Leichenfund in der Swinemünder Straße noch nicht aufgeklärt.

Der Leichenfund in der Swinemünder Straße 121, über den wir im heutigen Morgenblatt berichteten, beschäftigt die am Freitag wählende Nordkommission der Kriminalpolizei bis in die späte Nacht hinein. Nachdem der Tatort und das durchwühlte Vorderzimmer vom Erkennungsdienst photographisch festgelegt worden war, nahm der Gerichtsarzt eine genaue Untersuchung der Leiche vor. Eine äußere Verlesung wurde nicht vorgenommen. Die Todesursache ließ sich daher nicht einwandfrei feststellen. Um forensische ausgeschlossen, daß der alte Roman einem Herzschlag erlegen ist oder infolge Gasvergiftung gestorben ist. Genauen Aufschluß darüber dürfte erst die Obduktion bringen. Durch Vernehmungen der Leute, die mit Kossow auf einem Flur wohnen, hat

sich ergeben, daß Kossow, der schon seit langer Zeit arbeitslos ist, häufig trant. Nun besteht die Möglichkeit, daß er, als er in der Donnerstagnacht vergangener Woche heimkehrte, wieder stark angetrunken war. Von seinem Nachbarn ist er nicht gesehen, sondern nur gehört worden. Sie vermögen auch nicht anzugeben, ob er allein oder in Begleitung heimgekehrt ist. Wahrscheinlich aber ist Kossow allein nach Hause gekommen. In der Trunkenheit hat er denn in dem Vorderzimmer nach irgend etwas gesucht und dabei selbst alle Behälter geöffnet und ihren Inhalt herausgerissen.

Die Untersuchungen des Nordbereitschaftsdienstes werden heute fortgesetzt. Durch Vernehmungen von Angehörigen soll insbesondere festgestellt werden, ob dem Toten irgendwelche Wertgegenstände. Nach dem bisherigen Stand der Nachforschungen erscheint, trotzdem der erste Eindruck für ein solches sprach, kein Verbrechen vorzuliegen.

Der erweiterte Umsteigefahrtschein.

Die Umsteigefahrtscheine auf der Berliner Straßenbahn haben eine Erweiterung erfahren; sie gelten für die Fortsetzung der Fahrt auch auf der Linie, auf der sie gelöst sind. Die Fortsetzung der Fahrt auf der ursprünglichen Linie war bisher nicht gestattet. Diese Erweiterung dürfte den Wünschen vieler Fahrgäste entgegenkommen und finanzieller Streit, der zwischen den Schaffnern und dem Publikum wegen der Benützung dieser Umsteigefahrtscheine entstand, wird nun hoffentlich vermieden werden.

Protestaktion der Berliner Polizeibeamten.

Nachdem der Preussische Landtag die Erhöhung der Leuteningszuschläge zu den Gehältern der Beamten um 20 Prozent beschloffen hatte, glaubte sich das preussische Ministerium des Innern veranlaßt, den Abzug für die Verpflegung aus der gemeinsamen Küche von bisher 8 M. auf 10,50 M. täglich zu erhöhen. Diese ministerielle Maßnahme hat unter den Beamten große Erregung gezeitigt, so daß sich die Berufsorganisation der Berliner Polizeibeamten veranlaßt sah, eine Protestversammlung einzuberufen, zu der sich circa 4000 organisierte Mitglieder eingefunden hatten. Die Versammlung wandte sich in schärfster Form gegen den Ministerialerlaß im besonderen und gegen den Zwang, die Verpflegung bei den staatlichen Verpflegungsämtern zu entnehmen, welches Verfahren sich als ein die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten belastendes herausgestellt hat. Die Maßnahme des Ministeriums des Innern wurde als eine Fortsetzung eines Systems gekennzeichnet und die Organisationsleitung beauftragt, beim Ministerium und bei den gesetzgebenden Körperschaften die Zurücknahme des Erlasses zu fordern.

Zur Unterstützung der Forderung wurde eine Entschließung gefaßt, die u. a. hervorhebt, daß die Festsetzung des erhöhten Abzuges für die Verpflegung im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen erfolgt ist, die eine Regelung lediglich durch den Haushaltsplan in Uebereinstimmung mit dem Befolgungsgesetz vorsehen.

Sportfest der arbeitenden Jugend.

Der „Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin“, in dessen Reihen die Klassenbewußte junge Arbeiterschaft steht, veranstaltet am Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, im Stadion, Lichtenberg, Herzbergstraße, ein Sportfest. Ein umfang- und inhaltreiches Programm hat zusammengestellt werden können. Wettkämpfe aller Art werden ausgetragen im Lauf über lange und kurze Strecken, im Faustball, Volleyball und Völkerballspiel, in Einzelkonkurrenzen im Hoch- und Weisprung, Kugelstoßen und Speerwerfen. Der „Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin“ ist kein bloßer Sportverein; ihm dient die körperliche Eräftigung der Jugend als Mittel zum Zweck. Er will die proletarische Jugend, die heute noch in den bürgerlichen Spiel- und Sportvereinen steht, ihrer Klasse zuführen.

Eine Hundertjährige! Am 23. September vollendet die in Berlin im Hause Treskowstr. 9 (Ausgang 2) wohnende Witwe Anna Bräsewicz ihr hundertstes Lebensjahr. Die Greisin, die aus Pommern gebürtig ist, kam erst nach dem Tode ihres Mannes nach Berlin, was jetzt allerdings auch schon bald 30 Jahre her ist. Sie lebt allein in einer im vierten Stockwerk gelegenen kahlen Wohnung, die sie wegen ihrer körperlichen Schwäche seit fast drei Jahren nicht mehr hat verlassen können. Eine in demselben Hause wohnende Frau Barowski, die auch bereits im 72. Lebensjahre steht, nimmt sich der Hundertjährigen an und pflegt sie. Frau Bräsewicz hat zu ihrem Lebensunterhalt nur eine Armenunterstützung, die ihr von der Stadt gewährt wird. Wer will dem „Geburtsstagskind“ eine Freude bereiten?

Eine Besserung in der Invalidenfürsorge ist nach den schlechten Nachrichten der letzten Zeit zu verzeichnen. Die Landesversicherungsanstalt Berlin, Am Köllnischen Park 3, wird vom 1. Oktober 1921 ab wieder Zuschüsse zu den Kosten künstlicher Gebisse gewähren. Anträge dieser Art können wieder gestellt werden. Erforderlich ist die Beibringung der letzten Quittungskarte, der Aufrechnungsbescheinigungen über die früheren Karten und eines Ausweises über die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse.

Eine gewissenlose Jereführung hat sich der Rekord-Berlag, Berlin-Südende, geleistet, indem er eine Aufnahme von dem die rote Schutzwoche in Reußlin abschließenden Demonstrationzug, in der das Bezirksbanner des Taubstummen-Partei-bundes besonders auffällt mit der Unterschrift: „Demonstration der Jugend gegen die weltliche Schule“, verbreitet. Dieses Verbrechen ist auf das schärfste zu verurteilen. Wo solche Bilder ausgestellt sind, sollte energisch für deren Beseitigung oder für die Aenderung der Unterschrift eingetreten werden.

Der erste Termin in der Konkursache Sportbank Köhn fand heute in Raabit unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Jacoby vom Amtsgericht Berlin-Mitte statt. Bei der schier unübersehbaren Zahl der Gläubiger konnte der Termin nicht, wie sonst üblich ist, im zuständigen Amtsgericht abgehalten werden, sondern man hatte, um dem zu erwartenden Ansturm der Geschädigten genügen zu können, den großen Schwurgerichtssaal im alten Kriminalgerichtsgebäude gewählt. Man sah neben dem Handwerker, Kleingewerbetreibende, Kaufleute und Beamte. Selbst einige Krankenschwestern in Tracht waren erschienen, um ihre Forderungen zu vertreten. Um einen geregelten Gang der Verhandlungen möglich zu machen, wurde schließlich die Schutzpolizei hinzugezogen.

Kinderrückkehr aus Schweden. Das Deutsche Rote Kreuz, Schwedenhilfe, gibt bekannt, daß am Sonntag, den 25. September, um 6 Uhr früh, die Kinder, die während des Sommers 1921 in den Provinzen Norrbotten, Västerbotten, Västernorrland, Jämtland, Gävleborg, Kopparberg, Västermanland und Upsala schwedische Gastfreundschaft genossen haben, zurückkehren.

Zu der Rotainschiebung. Aber die wir in Nr. 441 unseres Blattes berichteten, erucht uns der Geigenbauer Ernst Kehler, Charlottenburg, Kollonnenstr. 2, mitzutheilen, daß er mit dem dort genannten Geigenbauer Kehler nicht identisch ist und in keiner Weise mit der Angelegenheit etwas zu tun hat.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Trocken und übermäßig heiß, am Tage etwas kühler bei ziemlich starken Stößen bis späten Abenden.

Groß-Berliner Parteinaufrüsten.

116. W.T.B. - Mitteilungen. Die im Berlin am Sonntag ausgelegten Wählerlisten sind nicht vollständig, sondern teilweise, bei H. Schulze, in gleichen Teilen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Deutsche Landarbeiterverband im Jahre 1920.

Unter den Geburtswehen der Revolution wurde der Deutsche Landarbeiterverband lebensfähig. Der Rat der Volksbeauftragten befreite alle die Landarbeiterbewegungen einengenden und in ihrer Entwicklung hemmenden Gesetze und Bestimmungen. Die Gewerkschaftsbewegung hat den Arbeitern wurde das Koalitionsrecht in vollem Umfange gegeben. Der durch die vorrevolutionären Gesetze, durch die Verwaltungspraxis des Klassenstaates und den Druck der Unternehmer systematisch zurückgehaltene Freiheitsdrang brach sich dank der politischen Neuordnung der Dinge mächtig Bahn. Gewaltig war der Zustrom der Landarbeiter in den Jahren 18/19 zum Deutschen Landarbeiterverband. Der Zustieg kam so überraschend, daß die Massen organisatorisch kaum erfasst werden konnten. Es fehlte an allen verwaltungsmäßigen Voraussetzungen. Die Bureauverhältnisse des Verbandes waren auf diesen Ansturm nicht vorbereitet. Raum, Verwaltungsmaterial, Kräfte, um die sich aufzunehmende Arbeit zu meistern, fehlten. Alles mußte mit größter Beschleunigung gewissermaßen aus dem Boden gestampft werden. Der Deutsche Landarbeiterverband hat aus eigener Kraft für Abhilfe der Mängel Sorge getragen. Er verfügt jetzt über ein eigenes Verwaltungsgeschäftsbüro, mit einem Organisationsapparat, der gut eingepreist ist und sich mit den alten, seit Jahrzehnten bestehenden Gewerkschaften messen kann.

Der vorliegende Geschäftsbericht für das Jahr 1920 schließt die Entwicklungsperiode seit der Revolution ab und gibt die Möglichkeit, sie klar zu überblicken. Die Rückschau läßt das Geleistete und Gewordene klar erkennen. In dem Jahre 1912/13 zählte der Deutsche Landarbeiterverband ganze 20 000 Mitglieder, ein kleines Häuflein, das von dem Gegner verspottet und von den Gewerkschaftsorganen nie recht für voll angesehen wurde. Am Schlusse des Geschäftsjahres 1920 konnten 822 132 männliche und 173 541 weibliche,

insgesamt 995 673 zahlende Mitglieder

zählt werden, die sich auf 9665 Ortsgruppen verteilen. Während der Berichtszeit wurden aufgenommen 1 070 618 Mitglieder.

Mit der zunehmenden Stärke und dem wachsenden Umfang der Organisation entstanden bedeutliche Widerstände, nicht von außen. Die Anführer der Unternehmer protestierten ab; alle Sprengversuche, die von dieser Seite kamen, wurden mißlos abgelenkt. Gefährdender waren die Zerfugungserscheinungen im eigenen Lager. Die Kommunisten pflanzten auch in den im Aufstiege begriffenen Deutschen Landarbeiterverband ihre Spaltzige. Mitteldeutschland ist auch in dem Fall der Tummelplatz der Zerfugung der jungen Organisation gewesen. Die Kommunisten sonderten sich ab und gründeten im Bezirk Halle und Braunschweig den Freien Landarbeiterverband, der ein kümmerliches Dasein fristet. Die größten Kaufleute, die bei der Geburt der nimmere im Behrwocher der Unionisten gelagerten „Freien“ beifällig waren, sind jetzt als Deutschnationale im Lager der gelben Landbünde oder des deutschnationalen christlichen Generalverbandes gelandet.

Durch intensive Agitation ist ein Teil der abgeplitteten Mitglieder zum Deutschen Landarbeiterverband zurückgekehrt, ein anderer Teil ist organisationslos geworden. Durch die mangelnde gewerkschaftliche Schulung der Landarbeiter fehlte ihnen in diesen Fällen der klare Blick für die Wirklichkeit. Sie ließen sich durch die Phrasenhelden den Sinn betören. Die Abwanderung war in gewissem Sinne eine Gesundung. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß in den Teilen, wo sie sich vollzog, die Stochkraft der Bewegung nicht unerheblich gelitten hat. An Eintrittsgeldern wurden im Berichtsjahr vereinnahmt 212 834 M., Beiträge 22 575 400 M., Hausmarken 594 530 M., Verschleudenes 725 224 M., insgesamt 24 209 038 M. Die Ausgabe betrug 20 377 372 M., davon für Streiks und Lohnbewegungen allein 4 483 800 M.

In allen Wirtschaftsgedieten sind Tarife abgeschlossen. Wenn auch die Vereinbarungen nicht in vollem Umfange den Ansprüchen der Organisation und Mitglieder gerecht werden, so ist zu berücksichtigen, daß der kollektive Arbeitsvertrag eine Neuerung in der Landwirtschaft bedeutet und die Stehkraft durch den Bruderkampf gemindert war.

Der innere Ausbau der Organisation ist bis zu gewissem Grade abgeschlossen. Die Mitglieder zu bewußten und überzeugten Gewerkschaftlern zu machen und das Wissen zu vertiefen, die nächste Aufgabe. Der Deutsche Landarbeiterverband ist zu einem würdigen Glied der deutschen Arbeiterbewegung geworden. Er ist ein Wahrzeichen zäher Organisationsfähigkeit.

Lohnkampf im Buchhandel.

Eine überfüllte Versammlung der Angestellten im Buchhandel, die von der Afa einberufen war, tagte am Montag in den Kriminellen. Weber den Spruch des Schlichtungsausschusses und die vorhergehenden ergebnislosen Verhandlungen berichtete Mayer vom 30. Die Forderungen der Angestellten sind:

vollendeten 20. Lebensjahr ab, die der Schiedspruch zugestimmt, betragen für den Monat August 20 Proz., für September und Oktober 30 Proz. und für November und Dezember 35 Proz. Die Gehälter der Jugendlichen wurden um ungefähr 35 Proz. ab 1. August erhöht. Die allgemeinen Bestimmungen des Tarifvertrages bleiben bis zum 31. März 1922 in Geltung. Leider war es ohne Erfolg, daß dem Schlichtungsausschuss der Wille der Angestellten, durch den Gehaltstarif nicht über den 31. Oktober gebunden zu werden, ernsthaft vorgetragen wurde. Der Schlichtungsausschuss hat trotzdem die Gehaltsätze bis zum 31. Dezember festgelegt. Der Schiedspruch steht auch vor, daß die seit dem 1. August gewährten außerordentlichen Zulagen und sonstigen Vergünstigungen in Anrechnung gebracht werden sollen. Die Versammlung sollte nun entscheiden, ob sie den Schiedspruch annehme oder ablehne. Nur eins sei dazu gesagt: Für den Fall, daß die Arbeitgeber in ihrer Sitzung am Dienstag den Schiedspruch ablehnen sollten, bedeute das für die Angestellten des Berliner Buchhandels den Kampf; möge die heutige Abstimmung ausfallen, wie sie wolle.

Mit großer Mehrheit wurde der Schiedspruch abgelehnt. Nunmehr wird in den nächsten Tagen über die Frage, ob Streik oder nicht, in den Betrieben eine Abstimmung stattfinden. Das Nähere wird in den Arbeiterblättern bekanntgegeben.

Secundärer Streik auf dem Berliner Schlachthof.

Die Engros-Schlächtergesellen auf dem Berliner Schlachthof hatten eine Lohnaufbesserung von 32 Proz. gefordert. Das Angebot der Arbeitgeber war 20 Proz. mußte als unzureichend abgelehnt werden. Im dem Verhandlungswege wurde das Angebot auf 25 Proz. erhöht. Auch dieses Angebot lehnten die Gesellen ab und beharrten auf ihrer Forderung. Trotzdem die in einer Genossenschaft vereinigten Metzler die Forderung anerkennen wollten, erklärten sich die bei ihnen arbeitenden Gesellen mit ihren übrigen Kollegen solidarisch und beschloßen in einer stark besuchten Versammlung am Freitag, den 16. d. M., einmütig, die Arbeitsniederlegung zum Sonnabend früh, wenn ihre Forderung nicht anerkannt wird.

Um der Forderung den notwendigen Nachdruck zu verleihen, wurde beschlossen, die Arbeit auch während der Verhandlung am Sonnabend ruhen zu lassen, weil ja die Arbeitgeber frühzeitig genug die Forderung gekannt haben. Die Arbeitgeber riefen den Schlichtungsausschuss an, der in später Abendstunden einen Schiedspruch (S.M.) mit einer Lohnaufbesserung von 30 Proz. Dieses Reklamat wurde von beiden Parteien angenommen, so daß die Arbeit am Montag früh wieder aufgenommen wurde.

Lohnforderungen der Glaser.

Die Glaser Groß-Berlins rufen zur Durchführung ihres Lohnkampfes. In einer gut besuchten Versammlung, in der Kurfürst referierte, wurde beschlossen, vom 1. Oktober ab einen Lokalausschlag zum Beitrag für die Zahlstelle Berlin im Betrage von 2 M. wöchentlich zu erheben. Wie der Referent mitteilte, ist der Beschluß, eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 M. zu fordern, den Unternehmern bereits unterbreitet worden. Eine Antwort liegt noch nicht vor. Ein einschichtiges Vorgehen mit anderen großen Organisationen des Baugewerkes sei zurzeit leider noch nicht möglich. Hoffentlich komme es aber bald zur Schaffung eines Industrieverbandes aller am Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen. Die Möglichkeit liegt vor, daß Maurer und Zimmerer ihre Lohnforderungen durch den Streik erkämpfen würden. Sollte dieser Fall durch das Verhalten der Unternehmer eintreten, werde die Organisation der Glaser sich nicht zurückziehen können.

Ein Antrag, den Hauptvorstand des Verbandes zu ersuchen, zum Frühjahr den Verbandstag einzuberufen, fand die Zustimmung der Versammlung.

Steigung im Mineralwaffergewerbe.

Die in den Mineralwaffelfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen am Montag in einer Versammlung den Bericht über das Ergebnis ihrer Lohnverhandlungen entgegen. Dieser wurde von 12 Leuten am erlesen, der berichtete, daß die Forderung einer Zulage von 100 Mark auf alle Löhne nicht bewilligt wurde, sondern Zulagen von 30 bis 60 Mark wöchentlich. Hiernach sollen ab 1. Oktober Erwachsene über 18 Jahre 300, Abfüller und Stalleute 350, Vorarbeiter und Rutscher 360, Arbeiterinnen 240 und Jugendliche unter 18 Jahren 220 Mark erhalten.

Die Aussprache ergab eine starke Opposition gegen das Angebot der Arbeitgeber, das aber schließlich von der Versammlung angenommen wurde.

Internationale Arbeits-Rundschau.

Von dieser Rundschau in englischer und französischer Sprache erscheinenden Monatschrift des Internationalen Arbeitsamtes in Genf liegt soeben ein Doppelheft für Juli-August vor. Aus dem Inhalt des 251 Seiten zählenden Heftes seien erwähnt:

Das Internationale Arbeitsamt und der Mindestlohn; Die Entwicklung der Arbeitergesetzgebung in Frankreich während und nach dem Kriege, von Roger Picard; Das gewerbliche Schiedsgerichtswesen in England, von Sir Tom. McRae; Der Krieg und die Gewerkschaften, von Dr. A. Lalet; Die Entwicklung der Gewerkschaften in verschiedenen Ländern von 1913 bis 1920; Lebenskosten und Kleinhandelslebensmittelpreise in verschiedenen Ländern; Berufliche Gliederung der Bevölkerung in Deutschland; Arbeitslosenstatistik für eine Reihe von Ländern; Lage des Weltarbeitsmarktes im April 1921; Die Anpassung der Löhne an die Lebenskosten; Einigungs- und Schiedsgerichtswesen bei gewerblichen Streiks in Frankreich; Der französische Regierungsentwurf über Sozialver-

sicherung; Die Betriebsräte und die Konsumgenossenschaften in Deutschland; Arbeiterfortbildung in Italien; Landwirtschaftlicher Fortbildungsunterricht in Polen.

Die Zeitschrift kostet in Deutschland 75 M. jährlich. Sie ist ebenso wie das umfangreiche Schriftenverzeichnis des Internationalen Arbeitsamtes, von dessen Berliner Zweigstelle, Alexander Schilde Berlin N.W. 40, Scharnhorststraße 35 (Tel. Norden 2831), zu beziehen.

Wer nach Danzig will.

Vom Danziger Heimatdienst wird uns geschrieben: Auf Grund solcher Informationen lassen sich reichsdeutsche Arbeitnehmer verleben, nach Danzig zu kommen, um hier Beschäftigung zu suchen. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Danziger Demobilisationsamt verfügt hat, daß in sämtlichen freistaatlichen Betrieben und Privatunternehmen nur Danziger Staatsangehörige eingestellt werden dürfen. Den nach Danzig zugewanderten Arbeitssuchenden bleibt daher nichts anderes übrig, als wieder in ihre Heimat zurückzukehren und sie haben durch dieses Unternehmen lediglich einen Verlust an Zeit und Geld zu verzeichnen.

Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß für Fahrten nach Danzig, die per Eisenbahn durch den polnischen Korridor erfolgen, für alle Züge des polnische Passivum erforderlich ist. Für Reisen per Dampfer nach demselben Bestimmungsort ist das polnische Passivum nicht erforderlich.

Wir bitten sämtliche Zeitungen im Deutschen Reich, diese Notiz zum Ausdruck bringen zu wollen.

Gewerkschaftskommission Schöneberg, Sitzung: Donnerstag 7 1/2 Uhr bei Grundt, Weininger Str.

Wirtschaft

Die nordamerikanische Kohlenförderung hatte im Kriege einen großen Aufschwung genommen. Dann aber trat mit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise ein harter Rückschlag ein; dieser Rückschlag der nordamerikanischen Kohlenförderung ist zugleich ein Nachstoß dafür, wie schwer die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von der Wirtschaft betroffen wurde. Im Juli dieses Jahres fiel die Förderung von Weichkohle nach der amtlichen Statistik auf 80,80 Mill. Tonnen (der niedrigsten Förderziffer für den Juli seit 1912) gegen 48 Mill. T. im Juli des Vorjahres. Die Produktionsziffer für die ersten sieben Monate zeigt nach einer Zusammenfassung der „Frankf. Ztg.“ folgende Entwicklung:

Mill. T.	1918	1919	1920	1921
1918	284,3	285,0	229,7	288,9
1919	285,0	229,7	288,9	819,2
1920	229,7	288,9	819,2	
1921	288,9	819,2		

Wenn der gegenwärtige Produktionsstand anhält, würde die Jahresproduktion unter 400 Mill. T. bleiben und damit den niedrigsten Stand seit 1909 erreichen.

Die Enklaffung am Brennstoffmarkt. Die Lage am deutschen Brennstoffmarkt hat sich derart gebessert, daß vom 1. Oktober ab die Zwangswirtschaft für Rohbraunkohle, Raufpreßkohle, Grubekohle, Jechenkohle und Gas Kohle aufgehoben wird. In Zwangsbewirtschaftung bleiben nur noch Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Braunkohlenbriketts. Die Stinnespresse erachtete sich angesichts der Unschwierigkeiten für Braunkohle in der Forderung nach Abschaffung des Achtstundentages und nach belohnenden Tarif- und Steuervergünstigungen für die Braunkohlenindustrie. Doch Stinnes auch seine Kohlen und Schienen an die Reichseisenbahn billiger liefern will, davon ist bis heute noch nichts bekannt. Auch davon nichts, daß er seine Auslandsgewinne zur Verfügung derjenigen Arbeiter zur Verfügung stellen will, die bei einer Verlängerung des Arbeitstages erwerbslos werden. Das Reich hat es ja dazu!

Aus aller Welt.

Bergwerksglück in Australien. Durch eine Gasexplosion in dem Bergwerk von Mount Sullivan bei Carns (Nord-Queensland) wurden 70 Bergleute verschüttet. Man befürchtet, daß alle tot sind.

Schwerer Postraub in Augsburg. In der Kaiserstraße in Augsburg wurde am Montag ein schwerer Postraub verübt. Aus einem verschlossenen Postpaketwagen wurden 18 Wertpakete mit zahlreichen Wertpapieren gestohlen. Vor allem enthielten die Wertpakete Reichsschatanweisungen im Gesamtwert von 5 898 000 M., sowie andere Papiere im Werte von über 25 000 M. Der Diebstahl wurde ausgeführt während der Postschonfer in einem Hause Paete abliefern. Es stellte sich heraus, daß der Postbeamte für Kaiserstraße 19 ein Paket zur Ablieferung brachte, welches nur drei Stücke Holz enthielt und offenbar nur zu dem Zweck zur Post gegeben wurde, um den Beamten möglichst lange von dem Postwagen fern zu halten.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Willes Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Bornhördt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhördt-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinaer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.



Die Neueste Deutsche Mode

In sämtlichen Filialen der Firma

W. Spindler, Färberei und chemische Waschanstalt

Humboldt - Hochschule

Freie Volkshochschule Groß-Berlin
Beginn der Vorlesungen Anfang Oktober

Mehr als 300 Vorlesungs-Reihen:

Philosophie, Literatur, Kunst, Musik, Sprachen,
Geschichte, Rechts-, Staats-, Wirtschafts- u. Handels-
wissenschaft, Medizin, Gesundheitspflege, Natur-
wissenschaft, Technik, Sport, Gartenbau, Kleinierzucht.

Führungen durch wissenschaftliche Sammlungen, wirtschaftliche und
technische Betriebe, naturwissenschaftliche Ausflüge.

Vorlesungsverzeichnisse und Prospekte in Buchhandlungen, an den Theaterkassen im
Rauhous des Weltens, bei Hermann Tieg, in den Geschäftsstellen zahlreicher Berliner
Hauptbüros: G 2, Neue Friedrichstr. 82-85, II, 10 12, 1-3 / Telefon Centrum 4500

1747

Wichtig für alle und besonders heute
ist die Sicherung der
Zukunft der Familie und die Vorlage für das
Alter durch den Abschluß einer Lebensversicherung.

Wählen Sie daher umgehend Ihre Aufgabe an

Karlsruher Lebensversicherung a. G.

Hauptverwaltung Groß-Berlin
Berlin W. 30, Gledener Straße 6

Alte Hüte

Neupressen und Modernisieren
von Damen- und Herrenhüten.
Sorgfältig u. billige Ausführung

Herm. Fuchs

Hauptverteilung
Berlin O 112,
Frankfurter Allee 297.

Kaufen Sie keinen Damenhut

bevor Sie nicht meine Auswahl und Preise gesehen
haben. Alte Hüte werden auf neueste Formen u. a.
Otero, Glacke, Zweispitz angepresst.

Eckstein's Hutfabrik

Invalldenstraße 38
Ecke Cr.-ausseestraße
Kein Laden, nur L. Hage.

Konkurrenzlose Preise!

Fahrradreifen

Prima Gummi 28 x 1 1/2 von 48.- M. bis 123.- M.
Garantierreifen von 70.- M. an
Gebirgsreifen, prima 80.- M. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche, la Gummi 16⁰⁰ M. bis 20.- M.

Karbid — Oel —

Autoreifen- und
Fahrrad-Haus „Nord-Ost“ Berlin, Eisasser Str. 89
am Rosenthaler Tor